




Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe Strässer reist nach Simbabwe, Swasiland und Südafrika

Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe Strässer reist nach Simbabwe, Swasiland und Südafrika
Neben der Wahrnehmung offizieller Termine mit den Regierungen der drei Staaten wird Herr Strässer auch mit Vertretern aus Politik und Zivilgesellschaft, insbesondere aus dem Bereich der Menschenrechtsarbeit, zusammentreffen und sich über die Lage der Menschen vor Ort informieren. Dabei soll es um Themen wie das Rechtsstaatsprinzip, die Aussetzung der Todesstrafe und die Rolle Simbawbes, Swasilands und Südafrikas im südlichen Afrika gehen. Zudem wird Herr Strässer an der Eröffnung der Fachkonferenz Referat Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Johannesburg, Südafrika, teilnehmen. Die Diskussion mit Experten über aktuelle afrikapolitische Herausforderungen soll die Grundlage für die weitere Schwerpunktsetzung der Arbeit der FES in Afrika bilden. Hintergrund: Die Menschenrechtssituation in Simbabwe ist seit Jahren schwierig. Zwar ist im Mai 2013 eine neue Verfassung mit einem umfangreichen Grundrechtskatalog in Kraft getreten, jedoch hinkt die praktische Umsetzung vielfach noch weit hinterher. Sowohl die Bundesregierung als auch die EU sprechen bestehende Defizite bei Kontakten mit der simbabwischen Regierung regelmäßig an. Als positiver Schritt ist anzuerkennen, dass Simbabwe seit 2005 ein Moratorium bezüglich der Vollstreckung der Todesstrafe einhält. Das Königreich Swasiland wird trotz der geltenden Verfassung von 2006 oft als "letzte absolute Monarchie Afrikas" bezeichnet. Bei den Parlamentswahlen, die zuletzt 2013 stattfanden, dürfen keine Parteien, sondern nur Einzelkandidaten antreten. Die EU thematisiert in ihrem regelmäßigen Dialog mit Swasiland gemäß Art. 8 des Abkommens von Cotonou stets auch die prekäre Menschenrechtssituation. Die USA haben aufgrund von Verstößen gegen grundlegende Arbeitnehmerrechte (ILO-Standards) Handelspräferenzen für Swasiland gemäß dem "African Growth and Opportunities Act" (AGOA) suspendiert. Internetangebot des Auswärtigen Amtes: www.auswaertiges-amt.de Folgen Sie uns auf Twitter: @AuswaertigesAmt
Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 5000-2056
Telefax: 030 18-17-3402
Mail: presse@dipl.de
URL: <http://www.auswaertiges-amt.de>


Pressekontakt

Auswärtiges Amt

10117 Berlin

auswaertiges-amt.de
presse@dipl.de

Firmenkontakt

Auswärtiges Amt

10117 Berlin

auswaertiges-amt.de
presse@dipl.de

Das Auswärtige Amt ist zuständig für die Pflege der Beziehungen zu anderen Staaten sowie zu den zwischen- und überstaatlichen Organisationen. Der Auswärtige Dienst versteht sich neben seiner Funktion als Gestalter der Außenpolitik als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger, die deutsche Wirtschaft, das deutsche Kulturleben und für Parlamentarier und Regierungsvertreter aller Ebenen. Sein Dienstleistungsangebot ist für den Auswärtigen Dienst neben der klassischen Diplomatie zu seiner zweiten, tragenden Säule geworden: Es macht heute gut die Hälfte seiner Aktivitäten aus. So steht das Auswärtige Amt als modernes und aufgeschlossenes Dienstleistungsunternehmen weltweit seiner "Kundschaft", mit seinem Know-how und seinen Kontakten mit Rat und Tat zur Seite.